

Haushaltsrede des Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Klaus Schumann. Sitzung der Gemeindevertretung am 25.06.2021:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Wehrheimer Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Politik macht keinen Spaß in Zeiten drastischer Steuereinbrüche. Wenn Steuern sprudeln kann man gestalten, hier eine neue Stelle schaffen, dort ein Fest veranstalten, mal ein Wahlgeschenk verteilen und vielleicht auch in die Zukunft investieren. Wenn die Steuern nicht fließen, dann ist das Politikerleben trist, denn Gebühren und Steuern zu erhöhen macht die Wähler nicht glücklich und Kosten zu senken ist schwierig, langwierig und anstrengend. So ist es auch in Wehrheim.

Wenn es uns gut geht, leisten wir uns eine neue Sporthalle, wir stellen einen Gemeindebiologen ein, wir verlangen niedrige Eintrittspreise für das Schwimmbad, und geben Unsummen für die Sanierung eines maroden alten Rathauses aus... beispielsweise.

Und wenn die Steuern dann mal ausbleiben, dann erhöhen wir einfach die Hebesätze, schließlich muss die Administration ja am Laufen, d.h. am Geldausgeben gehalten werden. Diesem Teufelskreis stellen wir uns entgegen! Wir begrenzen, die Hebesätze auf den hessischen Durchschnitt. Gibt es irgendwelche sachlich nachvollziehbaren Gründe, weshalb die Wehrheimerinnen und Wehrheimer mehr Grund- und Gewerbesteuer zahlen sollten als den hessischen Durchschnitt?

Welche Dienstleistungen, welche Infrastruktur bietet die Gemeinde ihren Bürgern, die überdurchschnittliche Hebesätze rechtfertigen?

Der Vorschlag des Bürgermeisters als oberstem Kämmerer in der Verwaltung sieht eine exorbitante Erhöhung der Steuern vor, teilweise eine Steigerung von fast 90 Prozent, so im Falle der Grundsteuer B für bebaute Grundstücke. Selbstverständlich sind wir uns im Klaren, dass die augenblickliche Misere dem Ausfall unseres größten Steuerzahlers zuzuschreiben ist. Und dass im Zeichen der Pandemie nicht auszuschließen ist, dass weitere Steuerausfälle auf uns zukommen, könnten sollte auch jedem von uns klar sein.

Aber gerade wegen dieser Situation ist es wichtig, nicht einfach massiv die Steuern zu erhöhen und dann zur Tagesordnung überzugehen. Es kann nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger allein für Steuerausfälle aufkommen und der Bürgermeister nur wenig Sparanstrengungen vorlegt, welche zudem einfach nur Corona geschuldet sind und eh da wären. Frühzeitig tätig zu werden, Kosten zu senken und Gewerbe anzusiedeln, mit Konzept, wie bereits 2018 auf unseren Antrag beschlossen, hätte hier vorgebeugt! Nun befinden wir uns in der miserablen Lage und wir wollen nicht, dass allein die Bürger hierfür geradestehen, von der gut situierten Doppelverdienerfamilie bis hin zur alten Dame, die kaum von Ihrer Rente leben kann.

Deshalb wollen wir die Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer B begrenzen. Statt die Grundsteuer B auf 615 v.H. zu erhöhen, wollen wir die Erhöhung auf 479 v.H. limitieren, daher die Erhöhung von 250 pp auf 114 pp mehr als halbieren. Damit ist die Grundsteuer B immer noch höher als z.B. in Bad Homburg, Friedrichsdorf, Kronberg oder Usingen.

Durch die Kappung der Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuer B sparen die Wehrheimer Bürgerinnen und Bürger ca. 480.000 Euro im Jahr. Dieser Betrag muss dann an anderer Stelle erwirtschaftet werden. Wir schlagen vor, dass dieser Betrag zur Hälfte durch Gebührenanpassungen und zur anderen Hälfte durch Kosteneinsparungen erreicht wird. Auf der Seite der

Gebührensatzungen haben wir, basierend auf dem Haushaltsansatz, die Kostendeckung für die verschiedenen Produktbereiche überschlagen. Bei der Schülerbetreuung in der Limeschule liegt die Kostendeckung dieser freiwilligen Leistung der Gemeinde bei 42%. Das heißt die Allgemeinheit zahlt 58% der Leistung, während die Familien der ca. 180 Schüler, die die Leistung in Anspruch nehmen 42% zahlen.

Da die Anpassung dieser Satzung sowieso auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand, haben wir vorgeschlagen hier eine geringfügige Anpassung vorzunehmen. Für die Schüler, die die Betreuung in Anspruch nehmen bedeutet die Erhöhung im Schnitt Mehrkosten von 10 Euro im Monat.

Wie schon eingangs gesagt: Politik macht keinen Spaß in Zeiten drastischer Steuereinbrüche! Aber die hessische Kommunalverfassung schreibt vor, dass Gebühren kostendeckend sein sollen! Es ist für jedem im Raum selbstverständlich, dass es für die Lebensqualität der Bürger, aber auch für die Gemeinde als Standort für Unternehmen unerlässlich ist Bezuschussungen gerade im Sektor Kinderbetreuung vorzunehmen, allein um Konkurrenzfähig zu bleiben. Jedoch heißt konkurrenzfähig zu bleiben nicht, dass wir mehr als die Hälfte der Gebühren bezuschussen können. Gerade, wenn wir uns umsehen in anderen etwa gleich großen Gemeinden, wie z.B. Steinbach, wird uns bewusst, dass unsere Gebühren durchaus mehr als konkurrenzfähig sind und dies auch mit moderaten Erhöhungen noch bleiben werden.

Aus diesem Grund sehen wir Anpassungsbedarf in Zukunft auch bei den Gebühren für die Kindertagesstätten, die eine Kostendeckung von ca. 45% haben, dem Wehrheimer Schwimmbad mit einer Kostendeckung von 44% und den Friedhofsgebühren mit einer Kostendeckung von ca. 83%. Das heißt nicht, dass wir nun alle Gebühren anheben wollen, bis eine Kostendeckung von 100% erreicht ist. Aber in Zeiten von massiven Steuereinbrüchen muss die Diskussion geführt werden welchen Prozentsatz von Subvention sich die Gemeinde leisten kann!

Natürlich wollen auch wir die Gebühren nur möglichst wenig anheben! Deshalb ist es wichtig, dass wir auch Kosten einsparen. Seit Jahren fordern wir die Gemeinde auf, durch verstärkte interkommunale Zusammenarbeit Kosten für Wehrheim einzusparen. Es gab auch Angebote von Seiten der Nachbarkommunen: Beispielsweise haben Usingen und Neu-Anspach angeboten im Bereich der Ordnungsämter mit Wehrheim zusammenzuarbeiten. Wehrheim hat abgelehnt! Stattdessen leisten wir uns einen externen Sicherheitsdienst für geplant 60.000 Euro im Jahr. Oder wir leisten uns die Sanierung des Alten Rathauses für mehr als 70.000 Euro allein dieses Jahr! Die Untersuchung durch eine Fachfirma hat ergeben, dass die Sanierung ein teures, viele Jahre dauerndes Unterfangen wird. Würde man das Rote Rathaus in private Trägerschaft überführen, so könnte der Träger die Kosten für die Sanierung dieses denkmalgeschützten Gebäudes auf 10 Jahre abschreiben und den Bestand sichern.

Im Besitz der Gemeinde hingegen droht nicht nur der bautechnische, sondern auch der finanzielle Sanierungsfall, ein weiteres Fass ohne Boden für die Gemeinde. Wir haben eine Vielzahl von Sparvorschlägen eingebracht, und werden dies weiterhin tun, denn wir wollen den Haushalt der Gemeinde nachhaltig stärken!

Und was schlägt die Union vor, um den Wehrheimer Haushalt zu sanieren? Die CDU überlegt eine spezielle Steuer für Listenhunde einzuführen um den Herden von Kampfhunden in Wehrheim endlich Herr zu werden...

Oder man will sich überlegen, ob man vielleicht irgendwann möglicherweise die Friedhofsatzung anpassen sollte.... Ist das alles was Ihnen einfällt?

Die CDU sträubt sich einfach Verantwortung für Einsparungen oder Gebührenerhöhungen zu übernehmen und den Wehrheimer Haushalt wieder ins Lot zu bringen. Stattdessen will sie Steuern erhöhen: Grundsteuer B auf 615 v.H. und Grundsteuer A sogar über den Vorschlag der Verwaltung hinaus auf 498 v.H! Natürlich verspricht die CDU, dass diese Steuererhöhung nur eine temporäre Maßnahme ist. Wie auch schon 2018, als versprochen wurde die Steuern nur für 2019 zu erhöhen aber dann auch alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Gebührenhaushalte anzupassen, Kosten einzusparen und durch Ansiedlung weiterer Gewerbesteuerzahler die Einnahmehasis der Gemeinde zu verbreitern.

Meine Damen und Herren, passiert ist nichts! Die Steuern sind oben geblieben und die Kosten auch! Und nun soll die Steuerschraube weiter angezogen werden! Dem müssen wir entschieden entgegentreten. Unser Einsparungsziel bedeutet, bezogen auf die Gebührenhaushalte, im Schnitt eine Anhebung um 4,9%. Bezogen auf das Volumen von Personalaufwand, Sach- und Dienstleistungen der Gemeinde bedeutet dies ein Einsparungsziel von 2,1%. Gleichzeitig kappen wir die von der CDU vorgeschlagene Steuererhöhung für Grundsteuer A um 48% und die für Grundsteuer B um 54%! Wir halten dieses Einsparungsziel für moderat und machbar und haben der Verwaltung konkrete Vorschläge hierzu gemacht.

Natürlich hat die Verwaltung ein viel detaillierteres Verständnis des Haushalts und kann besser beurteilen ob es leichter ist die Gebühren für Leistung A um 10% zu erhöhen oder bei Produkt B 10% Kosten einzusparen. Deshalb erwarten wir im Rahmen der von uns gesteckten Rahmenbedingungen für den Nachtragshaushalt einen überarbeiteten Entwurf, ggfs. mit Entscheidungsoptionen für das Parlament.

In Zusammenfassung: Wir verweisen den vorgelegten Entwurf des Nachtragshaushaltes zur Überarbeitung zurück an den Gemeindevorstand, weil wir keine ernsthaften Sparanstrengungen sehen. Gleichzeitig bieten wir unsere Unterstützung an, Gebührenanpassungen und Einsparungen parlamentarisch umzusetzen. Wir können diese Krise nur gemeinsam bewältigen. Aber wir können sie auch nicht ohne Sparanstrengungen hinter uns bringen. Nur so kommen wir wieder in eine Haushaltslage, in der Politik wieder Spaß macht.